

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 65 (1982)
Heft: 11

Artikel: Erziehung zum Frieden : 8500 bundesdeutsche Lehrer tun sich zusammen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-412906>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erziehung zum Frieden

8 500 bundesdeutsche Lehrer tun sich zusammen:

«Pädagogen gegen den Rüstungswahnsinn» nennt sich eine immer grösser werdende Anzahl von Erziehern in der Bundesrepublik Deutschland, die aktiv für den Frieden und gegen den Rüstungswahnsinn mit den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen arbeiten wollen. Im folgenden Text stellen sich diese «Friedenserzieher» selber vor:

Um es vorweg zu sagen: Die Zeit des Hoffens auf den guten Willen der Regierenden allein ist vorbei. Das Engagement von Pädagogen für die Ziele der Friedensbewegung hat erheblich zugenommen:

Der GEW-Bundeskongress hat Positionen zur Friedenserziehung markiert; allein 1981 gab es in der Bundesrepublik mehr als 30 Anzeigenaktionen von Pädagogen; den Aufruf «... gegen Rüstungswahnsinn» haben dabei über 8500 Kolleginnen und Kollegen in weniger als 9 Monaten unterzeichnet.

Wichtig waren diese Aufrufe für uns dadurch, dass wir gemerkt haben, wie viele von uns in pädagogischen Berufen Tätigen – unabhängig von ihrer sonstigen politischen oder weltanschaulichen Position – nicht weiter bereit sind, für eine Zukunft zu lehren und zu erziehen, die in so hohem Masse vom Grauen eines «machbar» gewordenen Atomkrieges überschattet ist.

Bei unserer Beschäftigung mit diesem drohenden Schrecken der Zukunft haben wir zunehmend gelernt, wie aktuell bereits kriegerische Zustände herrschen:

Die Vorbereitungen zur Stationierung der NATO-Raketen werden forciert (Be-tonierung der Startrampen/Startbahn West). Im Bundeshaushalt sind allein dafür bereits jetzt 560 Mill. DM bewilligt – Bildungs- und Sozialausgaben werden dagegen zunehmend gekürzt.

Während jedes Jahr mehr als 10 Mill.(!) Kinder in den Ländern der 3. Welt an Unterernährung auf qualvolle Weise sterben, verzeichnet die Bundesrepublik im Waffen-Exportgeschäft die weltweit höchste Steigerungsrate.

Kultursminister haben auf Wunsch des Verteidigungsministers Entwürfe zur Behandlung von Friedenssicherung und Bundeswehr vorgelegt, und Pädagogen und Schüler sind bereits wegen ihres Friedensengagements diszipliniert worden.

So notwendig es auch weiter sein wird, geduldig und ohne Besserwisserei jene Kolleginnen und Kollegen anzusprechen, die noch ohne eigene Stellungnahme dem drohenden Holocaust gegenüberstehen, so erklären wir unterzeichnenden Pädagogen mit aller Entschiedenheit bereits heute:

Wir verpflichten uns:

– zum Widerstand gegen eine Rüstungspolitik, die mit dem Argument des «Gleichgewichts» des Schreckens begründet wird und gegen alle Pläne, dafür in den Bildungseinrichtungen zu werben und

– für eine aktive Friedenserziehung in unseren Arbeitsfeldern Erziehung, Schule und Ausbildung.

Widerstand bedeutet für uns:

Wir erteilen keinen «Wehrkundeunterricht» mit Propaganda für die Bundeswehr, sondern bemühen uns um den Abbau von alten Feindbildern und Bedrohungsängsten. Wir üben Solidarität mit denen, die wegen ihres Friedensengagements diszipliniert werden.

Wir berufen uns dabei – gerade auch jene von uns, die als Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst einen besonderen Eid geleistet haben – neben Artikel 20, Abs. 4 («Recht zum Widerstand») unseres Grundgesetzes insbesondere auf Artikel 26, Abs. 1 («Vorbereitung eines Angriffskrieges ist verfassungswidrig»), dessen Tatbestand wir aufgrund der geplanten Raketenstationierung gemäss dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 als erfüllt ansehen, da es sich hierbei nach unwidersprochenen Expertenaussagen nicht mehr um Verteidigungs-, sondern um Erstschlagwaffen handelt.

Aktive Friedenserziehung bedeutet für uns:

Wir werden jede Situation nutzen – sei es innerhalb oder ausserhalb der Bildungseinrichtungen – um über die

Folgen der Raketenstationierung im Rahmen eines kalkulierten Atomkrieges aufzuklären und werden gleichzeitig für die ernsthafte Erörterung von Vorschlägen zur Abrüstung eintreten.

Dabei geht es nicht um parteipolitische Einseitigkeit, wohl aber um entschiedene Parteilichkeit für ein Verständnis von Frieden, wie es die Völker dieser Erde nach dem Ende des 2. Weltkrieges in der UNO-Charta gemeinsam formuliert haben. Wir ergreifen Partei für die Ziele von Vertrauen und Zusammenarbeit unter den Menschen und Völkern – wie es auch unser Grundgesetz formuliert. Für uns hat die im Namen des Pluralismus geforderte Toleranz da ihre Grenze, wo Frieden lediglich als Sicherheit des militärisch Stärkeren definiert wird.

Wir werden uns mehr als bisher auch als Berufsgruppe an den verschiedenen Aktionen der wachsenden Friedensbewegung beteiligen, deren aktuell vordringlichstes Ziel die Verhinderung der Raketenstationierung gemäss dem NATO-Doppelbeschluss vom 12.12.1979 ist (Ostermärsche, Antikriegstag etc.).

Die Verflechtung von pädagogischer Arbeit und gesellschaftlichem Lernen ist hier in besonderem Masse möglich: durch Ausstellungen, Musik- und Theaterdarbietungen zum Thema Frieden; durch die Erforschung der regionalen Umgebung nach Militäreinrichtungen und Rüstungsbetrieben – aber auch nach Möglichkeiten des «Zivilschutzes». Wir werden uns insgesamt in der Friedensbewegung dafür einsetzen, dass das Bewusstsein dafür wächst, dass Frieden eine Lebensqualität ist, die der Jugend – darüber hinaus aber allen Generationen und Völkern – die Dimension der Zukunft eröffnet.

Lernen in der Friedensbewegung bedeutet auch, sensibel für jene Formen alltäglicher Gewalt zu werden, die in hohem Masse die Arbeit in unseren Bildungseinrichtungen charakterisieren.

Friedenserziehung darf nicht zu einem didaktisch ausschaltbaren Modethema verkommen, sondern sollte zu einem Impuls werden, viele der nach der steckengebliebenen Bildungsreform resignierten oder isolierten Kolleginnen und Kollegen wieder zum gemeinsamen Nachdenken und Handeln für eine Humanisierung von Lernen und Erziehung in unserer Gesellschaft zusammenzubringen.